

KURZ NOTIERT

von Jessica Barth

Zeuge des Ampatuan Massakers getötet

Das Europäische Parlament hat als Reaktion auf Fälle von Straffreiheit in den Philippinen im Juni eine Resolution veröffentlicht, in der Präsident Aquino aufgefordert wird, die Straffreiheit für außegerichtliche Tötungen, sowie Folter und Verschleppung zu beenden. Der Appell an die philippinische Regierung beinhaltet auch, das Internationale Übereinkommen zum ›Schutz aller Menschen vor dem Verschwindenlassen‹ zu ratifizieren, verschwundene Personen, die sich in Gefangenschaft befinden, frei zu lassen und den Schutz von Menschenrechtsver-

teidigerInnen, JournalistInnen und Gewerkschaftsmitgliedern zu gewährleisten. Auch das unverzügliche Verbot und die Auflösung von paramilitärischen Kräften und lokalen Milizen bedürfen der Handlung durch die Regierung. Die Forderung nach einem speziellen Zeugen- und Opferschutzprogramm scheint angesichts der Tötung des dritten Hauptzeugen im Falle des Ampatuan Massakers von 2009 als besonders dringlich.

Der Anfang Juni tot aufgefundene Esmail Amil Enog, der ehemalige Fahrer der Ampatuan Familie, sagte im März 2012 aus,

dass er am Tage des Massakers Schützen zum Tatort gefahren hätte. Das Massaker selbst wurde von einer Privatarmee ausgeführt, deren Mitglieder in Verbindung zum Provinzgouverneur Andal Ampatuan standen. Andal Ampatuan und 195 weitere Tatverdächtige wurden zwar angeklagt, die Fortschritte sind jedoch als marginal zu bezeichnen, auch da oftmals Zweifel an der richterlichen Unabhängigkeit bestehen.

iponmindanao.wordpress.com,

18. Juni 2012;

europarl.europa.eu, 14. Juni 2012;

bulatlat.com; 29. Juni 2012

Ergebnis in Coronas Amtsenthebungsverfahren

Nachdem im Januar dieses Jahres das Amtsenthebungsverfahren gegen den Chef des Obersten Gerichtshofes der Philippinen, Renato Corona, begonnen hatte, gibt es nun ein Ergebnis. Am 29. Mai stimmten 20 Richter für die Verurteilung Coronas. Hauptanklagepunkt war der Verrat an der philippinischen Öffentlichkeit durch Nicht-Offenlegung von 2,4 Millionen US-Dollar sowie weiteren 80 Millionen Pesos (etwa 1.524.219 Euro), die Corona auf diverse Bankkonten verteilt hatte. Mit der Geheimhal-

tung verstieß Corona gegen Teile der philippinischen Verfassung. Nur drei der anwesenden Richter stimmten gegen seine Verurteilung, somit war die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erfüllt.

Am 40. Verhandlungstag ergriff Corona selbst das Wort und erklärte in einem knapp dreistündigen Plädoyer seine Unschuld. Er wiederholte, ein Opfer der Aquino-Politik zu sein, welche in Wirklichkeit die Kontrolle über Exekutive, Judikative und Legislative übernehmen und ihn deshalb loswerden wolle. Das im

Anschluss geplante Kreuzverhör konnte nicht durchgeführt werden, da sich der Gesundheitszustand des Angeklagten während der Verhandlung verschlechtert hatte, so Coronas Arzt und Schwiegersohn.

Als bislang stärkster Herausforderer für die Nachfolge Coronas gilt der Richter Antonio Carpio, der sich allerdings noch nicht entscheiden hat, ob er die Position einnehmen wird.

Philippine Daily Inquirer,

24. Mai 2012; 29. Mai 2012;

Manila Times 24.5.2012

Scarborough Shoal - China will Philippinen unter Druck setzen

Der historische Streit um das Scarborough Riff im Chinesischen Meer ist mittlerweile zu einem Konflikt ökonomischer Klasse geworden, nachdem China im Mai den Import philippinischer Bananen verboten und die Ausreise chinesischer Touristen in die Philippinen gestoppt hatte.

Da China, im Gegensatz zu Japan, Südkorea oder Neusee-

land, keinen primären Markt für von den Philippinen exportierte Bananen darstellt, können die Auswirkungen des Einfuhrverbotes als verschmerzbar bezeichnet werden. Das Department of Tourism (DOT) der Philippinen gab an, dass chinesische Touristen etwa neun Prozent aller Einreisenden ausmachen und bewerten daher auch die Auswirkungen dieses Verbotes als eher geringfügig.

Das etwa 150 qm² große und unbewohnte Atoll gehört zu den zahlreichen Inseln und Inselgruppen im (Süd)Chinesischen Meer, deren geopolitische Zuordnung umstritten ist, weil mehrere Staaten ihre territorialen Ansprüche geltend machen.

Philippine Daily Inquirer,

14. Mai 2012